

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien
European Center for Kurdish Studies

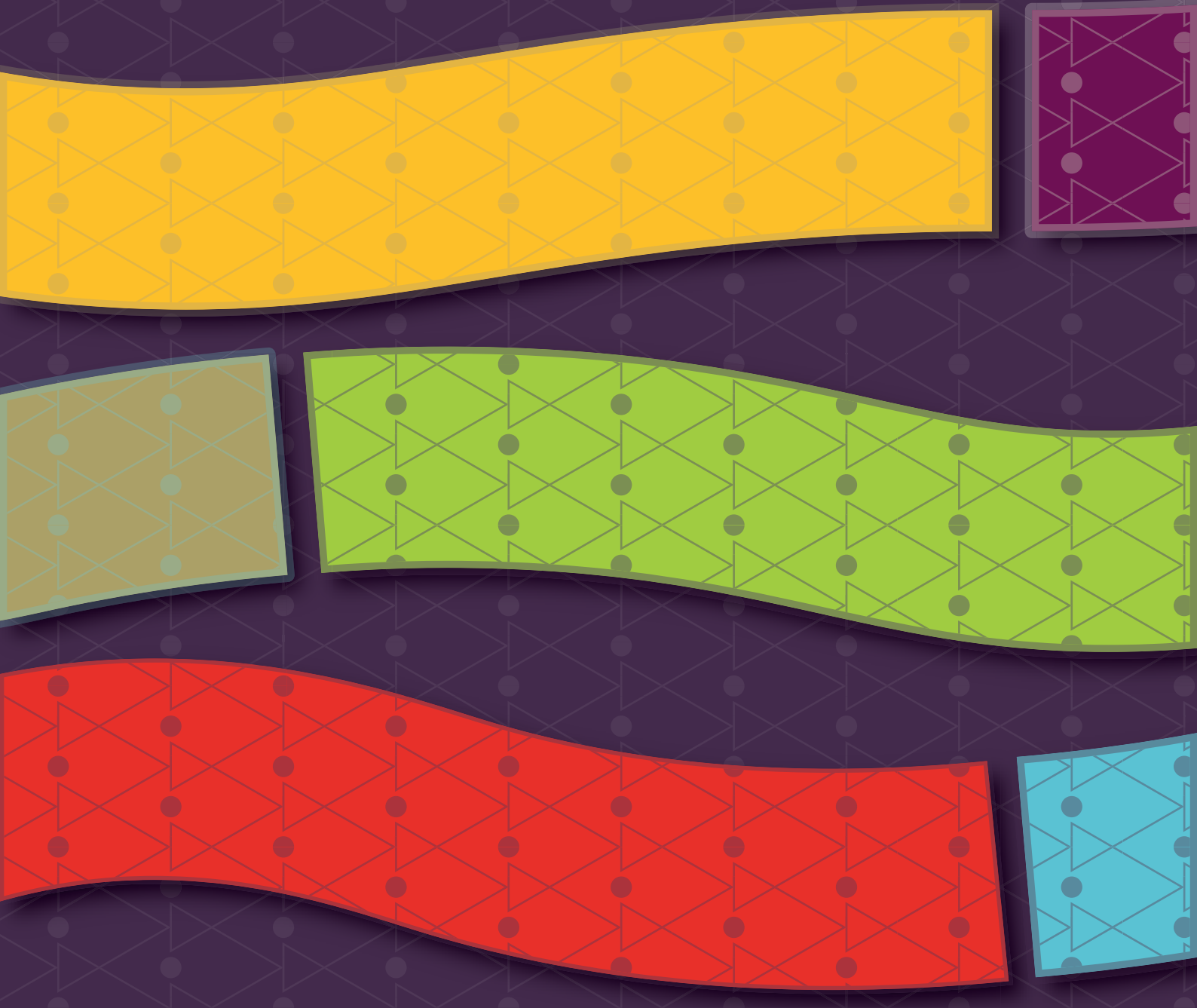


Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Kosovos Weg in die Unabhängigkeit: Lehren für den Syrienkonflikt

Vom 27
bis 31
M a i
2024

Pristina-Papier



Disclaimer: Die Prinzipien in diesem Papier fassen die Diskussionen der Studienreise zusammen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass alle Teilnehmenden alle Punkte des Dokuments unterstützen.

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien
European Center for Kurdish Studies



Project: Empowerment Through Inclusion
Human and Minority Rights in Syria

Emser Straße 26
Berlin 12051
Germany

mail@kurdologie.de
+49 30 67 96 85 27

Layout und Design: Radwan Awad

© Mai 2024| Berlin

Gefördert aus Mitteln des Auswärtigen Amtes durch das ifa
(Institut für Auslandsbeziehungen), Förderprogramm zivik



Auswärtiges Amt



Institut für
Auslandsbeziehungen

Pristina-Papier

1. Syrien und Kosovo sind sehr unterschiedliche Länder. Während sich die Diskussionen in Syrien um einen nachhaltigen, inklusiven und transformativen Friedensprozess drehen, betreffen die größten Herausforderungen im Kosovo die internationale Identität des Landes und seine Beziehungen zu Serbien. Dennoch gibt es auch wichtige Gemeinsamkeiten – beispielsweise die Existenz multiethnischer, multireligiöser und multikultureller Gesellschaften (was regelmäßig zu Konflikten führt), die Notwendigkeit eines Friedensprozesses, der auf Inklusion und Versöhnung aufbaut, und des Übergangs zu einem funktionierenden demokratischen Regierungssystem.
2. Eine wichtige Lektion, die wir vom Kosovo lernen können, ist, dass staatliche Unabhängigkeit und ein Friedensabkommen nicht alle Probleme lösen. Der Übergang des Kosovo zu einem multikulturellen, integrativen und demokratischen Land begann mit dem Ende des Konflikts im Jahr 1999. Bis heute bestehen in Hinsicht auf Integration und demokratische Konsolidierung große Herausforderungen. Syrien wird ein ähnlich schwieriger und langwieriger Prozess bevorstehen, sofern zukünftig ein Friedensabkommen erreicht werden kann.
3. Unabhängigkeit ist nicht per se eine Lösung. Für Minderheiten kann sie u. U. nur mit Unterstützung einflussreicher globaler Mächte (wie im Kosovo) zu erreichen sein. Für Mehrheitsgemeinschaften wiederum kann es eine Herausforderung sein, die Separation anderer Gruppen zu verhindern, wenn diese über einen längeren Zeitraum hinweg konsequent ausgeschlossen wurden bzw. werden und erheblicher Diskriminierung (und sogar Gewalt) ausgesetzt waren bzw. sind. Eine Lösung, die auf Integration ausgerichtet ist, und ein gemeinsamer, inklusiver, demokratischer Staat, der allen Gruppen Partizipation ermöglicht, sind daher für Syrien von entscheidender Bedeutung.
4. Die Unabhängigkeit des Kosovo wurde von den Großmächten unterstützt, international ist sie dennoch weiterhin umstritten. Die Vorstellungen zur Souveränität des Kosovo sind zwischen Albaner:innen und Serb:innen im Land nach wie vor unterschiedlich. Die serbische Enklave im Norden des Kosovo gehört eher zu Serbien als zum Kosovo. Eine zentrale Herausforderung im heutigen Kosovo ist dabei die umstrittene Entwicklung nach 1999. Für Syrien bedeutet dies, dass jedes Abkommen von allen wichtigen Stakeholdern akzeptiert und international unterstützt werden muss. Jedes Friedensabkommen muss eine gemeinsame Vision für den zukünftigen syrischen Staat enthalten.
5. Der Aufbau eines inklusiven Systems ist komplex und wird Zeit brauchen. Obwohl die Verfassung des Kosovo die höchsten internationalen Standards in Bezug auf Minderheitenschutz, Inklusion und Nichtdiskriminierung erfüllt (einschließlich der Integration der Europäischen Menschenrechtskonvention in die Verfassung), sind diese auch sechzehn Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung nur teilweise umgesetzt. Gesetze wie die Vertretung verschiedener Gruppen in der öffentlichen Verwaltung, die Umsetzung der Zweisprachigkeit und die Gewährleistung einer angemessenen Vertretung verschiedener Gruppen in Parlament und Regierung sind aufgrund des mangelnden Engagements von Akteure:innen aus verschiedenen Gemeinschaften noch immer nicht vollständig umgesetzt. Manchmal kann es notwendig sein, in kleinen Schritten zu denken, beispielsweise die Vertretung kleinerer Gemeinschaften in Verwaltung, Polizei und Sicherheitskräften schrittweise zu erhöhen, statt schnell eine Quote zu erreichen. Für Syrien wird es entscheidend sein, ein System zu finden, das effizient umgesetzt werden kann. Es muss sichergestellt sein, dass alle Vereinbarungen auch tatsächlich umgesetzt werden, um weitere konfessionelle Spaltungen und anhaltende Konflikte zu vermeiden. Klare Aktionspläne und ein Engagement nationaler und internationaler Akteure:innen für die Wiedereingliederung des Landes werden von entscheidender Bedeutung sein.
6. Gute Institutionen sind wichtig. Das Büro des Ombudsmanns im Kosovo ermöglicht es Bürger:innen, Beschwerden zu Menschenrechtsverletzungen einzureichen und Fragen bezüglich Diskriminierung anzusprechen. Darüber hinaus muss darüber nachgedacht werden, wie Institutionen funktionieren sollen, und es müssen realistische Vorstellungen entwickelt werden, was sie leisten können. Der Ombudsmann verfasst Berichte und kann

staatliche Institutionen zum Handeln auffordern, aber er hat keine rechtlichen Durchsetzungsbefugnisse, dafür muss er mit den Gerichten zusammenarbeiten. Das institutionelle Zusammenspiel ist daher ebenso wichtig wie ein funktionierender Rechtsstaat. Minderheiten brauchen Schutz durch verschiedene Institutionen und entsprechende Rahmenbedingungen auf unterschiedlichen Ebenen. Für Syrien bedeutet dies, dass ein System, das auf Inklusion und demokratische Beteiligung ausgerichtet ist, Rechte auf verschiedenen Ebenen schützen muss – in der Verfassung, durch eine mehrstufige Regierungsstruktur (die eine zweite Kammer des nationalen Parlaments umfasst) und durch die Aufnahme internationaler Standards und Rahmenbedingungen für Menschen- und Minderheitenrechte in das nationale Recht.

7. Die Inklusion von Minderheiten ist wichtig, ebenso die Frage, wie und von wem Minderheiten repräsentiert werden. Es muss darüber nachgedacht werden, welche politischen Parteien in der Regierung und im Parlament vertreten sind, wie diese Parteien gewählt werden bzw. wie die Bevölkerung ihre Vertreter:innen bestimmen kann. Beispielsweise sind im Kosovo zwanzig Sitze und zwei Regierungsposten für Mitglieder der Minderheiten (d. h. der nicht-albanische Gemeinschaften) reserviert. Dennoch haben sie in der Praxis wenig Einfluss auf die Verbesserung der Situation der Minderheiten gehabt. Andere rechtliche Schutzmechanismen wie etwa das Badinter -Prinzip, das eine doppelte Mehrheit im Parlament erfordert, darunter eine Mehrheit aus Mitgliedern der Minderheitengruppen, haben sich in Fragen von Kultur, Sprache und Gemeinden in der Praxis als wesentlich effizienter erwiesen. Es muss sowohl darüber nachgedacht werden, wie Institutionen und Regeln in Syrien gestaltet werden, als auch darüber, wie diese Bestimmungen in der Praxis funktionieren, um sie bei Bedarf anzupassen. Die Balance zu finden zwischen dem Schutz von Minderheitenrechten und ihrer Berücksichtigung auf der einen und der Gewährleistung der Effizienz und Funktionsfähigkeit des Systems auf der anderen Seite ist eine Herausforderung und bedarf einer sorgfältigen Prüfung der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen.
8. Die Sprach- und Bildungspolitik im Kosovo zielt auf die Schaffung einer multiethnischen Gesellschaft ab. Der zweisprachige Ansatz wird jedoch nicht konsequent umgesetzt, und die serbischen Behörden haben im Norden des Kosovo ein paralleles System für Gesundheit, Bildung und Verwaltung etabliert, wodurch die Funktionsfähigkeit der Institutionen des Kosovo untergraben wird. Trotz eines sehr guten Rechtsrahmens ist die Praxis im Kosovo durch ethnische Trennung und eine mangelnde Umsetzung von Sprach- und anderen kulturellen Rechten für verschiedene Gruppen gekennzeichnet. In Syrien werden die Gestaltung von Sprach-, Bildungs- und anderen Richtlinien sowie deren Umsetzung für die Funktionsfähigkeit und das Engagement der verschiedenen Gruppen im Nachkriegssystem des Landes von großer Bedeutung sein. Die Existenz einer gemeinsamen Sprache, die von allen Gruppen gesprochen wird, sollte in Syrien hilfreich sein. Gleichzeitig wird die derzeitige Divergenz der Bildungssysteme in den vom Regime, der Opposition und der autonomen Verwaltung im Norden kontrollierten Gebieten die Zusammenführung erschweren. Zukünftige Verpflichtungen zur Mehrsprachigkeit und zum Schutz kultureller Rechte und Bildungsrechte müssen in die Praxis umgesetzt werden, unter anderem durch die Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für die Gemeinden, damit diese ihre eigenen Angelegenheiten regeln können. Die Nutzung des Arabischen als Sprache, die es allen Gemeinschaften ermöglicht, miteinander zu kommunizieren, kann ein wichtiger Eckpfeiler der Re-Integration sein und dazu beitragen, den Alltag zu vereinfachen.
9. Die komplexen und destruktiven Beziehungen zwischen dem Kosovo und Serbien zeigen, wie wichtig gute nachbarschaftliche Beziehungen sind. Serbien weigert sich, den Kosovo anzuerkennen, und die Behörden des Kosovo haben begonnen, den Schutz der Rechte der serbischen Gemeinschaft als Druckmittel zu nutzen, um Serbien zu einer formellen Anerkennung zu drängen. Dieser Ansatz des »Wie du mir, so ich dir«-Prinzips schadet bestimmten Gemeinschaften und verhindert die Entwicklung konstruktiverer und positiverer Beziehungen zwischen den Gruppen. Friedensabkommen und -prozesse haben oft eine breitere regionale Dimension. Angesichts der herausragenden Rolle, die einige Nachbarn Syriens im aktuellen Konflikt spielen, ist es wichtig, dass sie in den Friedensprozess eingebunden werden. Da bestimmte Gruppen in Syrien möglicherweise die Unterstützung von Nachbarländern zur Durchsetzung ihrer Interessen suchen, ist es wichtig, diese Gruppen zu integrieren und ihre Interessen zu schützen. So kann verhindert werden, dass sie als Werkzeug

in einem regionalen Konflikt eingesetzt werden. Ebenso muss die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Minderheiten (beispielsweise den Kurd:innen, den Jesid:innen oder den Drus:innen) ermöglicht werden. Es muss sichergestellt werden, dass sie mit Angehörigen ihrer Gruppe in den Nachbarländern kooperieren können.

10. Die Aussöhnung zwischen den Gemeinschaften im Kosovo, aber auch zwischen dem Kosovo und Serbien bleibt eine grundlegende Herausforderung. Ihre Abwesenheit erklärt die anhaltenden Spannungen, das Fehlen einer gemeinsamen Erzählung über die Ereignisse seit 1999 und gemeinsamer Initiativen zur Aufarbeitung und Überwindung der Hinterlassenschaften der Vergangenheit, einschließlich der zunehmenden ethnischen Distanzierung. Stattdessen untergraben getrennte Lehrpläne und Gruppenviktimisierung weiterhin die soziale und politische Integration. Für Syrien wird es von entscheidender Bedeutung sein, jeden nachhaltigen Friedensprozess mit einem Weg der Versöhnung zu verbinden, der die Verbrechen der Vergangenheit anspricht und den Opfern ein Gefühl von Gerechtigkeit, Wahrheit und der Bereitschaft, eine gemeinsame Geschichte zu schreiben, vermittelt. Die Aufarbeitung der Vergangenheit und der in den letzten Jahren begangenen Verbrechen wird schmerzhaft, schwierig und herausfordernd sein – aber wie das Kosovo zeigt, ist auch die Nichtaufarbeitung ein Problem.
11. In Bezug auf das Kosovo finden bis heute globale Machtspiele zwischen den USA, Russland und der Europäischen Union statt. Sie erklären, warum Kosovo bis heute der UNO und anderen internationalen Organisationen nicht beitreten kann. Die Unabhängigkeit des Kosovo war dank der Unterstützung durch Großmächte möglich, seine internationale Souveränität bleibt jedoch umstritten. Angesichts der herausragenden Rolle Russlands und der USA in Syrien muss jedes Friedensabkommen in ein globales Abkommen eingebettet werden, das von der UNO genehmigt und unterstützt wird. Nur so kann sichergestellt werden, dass mögliche Friedensabkommen die größtmögliche internationale Unterstützung erfahren.
12. Jedes Friedensabkommen erfordert schwierige Kompromisse und kann vor seiner Umsetzung eine gewisse Unbestimmtheit aufweisen. Unabhängig davon muss es in den großen Fragen Klarheit geben. Fragen wie internationaler Status, Menschenrechte, Grenzen, internationale Anerkennung, Rechtsvorschriften und die Rahmenbedingungen für die künftige Regierung dürfen nicht aufgeschoben, sondern müssen im Rahmen eines Friedensabkommens entschieden werden. Wie verschiedene Friedensinitiativen für Syrien gezeigt haben, ist die Kompromissfindung in wichtigen Fragen zu Art und Organisation des Staates äußerst komplex und erfordert den guten Willen aller beteiligten Akteur:innen.
13. Friedensprozesse sind Entwicklungen unterworfen. Nach 2008 sprach niemand mehr über den Nordkosovo – erst 2013 wurde dieser wieder zum Thema. Auch in Syrien werden zusätzliche Probleme auftauchen, nachdem ein Friedensabkommen erreicht ist. Schon heute hat die Situation in Syrien wenig mit der Situation im Jahr 2015 gemeinsam, als Resolution 2254 verabschiedet wurde. Ein Friedensabkommen muss flexibel sein, damit neu entstehende Probleme angesprochen werden können. Andernfalls ist es zum Scheitern verurteilt.

Europäisches Zentrum für Kurdische Studien
European Center for Kurdish Studies



Project: Empowerment Through Inclusion
Human and Minority Rights in Syria

Emser Straße 26
Berlin 12051
Germany

mail@kurdologie.de
+49 30 67 96 85 27

Layout und Design: Radwan Awad

© Mai 2024 | Berlin